

Grußwort

des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Martin Zeil

Sehr geehrte Organisatoren und Teilnehmer,

es freut mich, dass der 5. Runde Tisch des „Eine Welt Netzwerk Bayern“ am 12. November 2010 im Ludwig-Erhard-Festsaal des bayerischen Wirtschaftsministeriums stattfinden konnte. Leider konnte ich persönlich nicht teilnehmen.

Das Thema dieses 5. Runden Tisches, Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen, hat sehr viel mit Nachhaltigkeit zu tun. Die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards im Wirtschaftsleben ist eine wichtige Komponente für eine nachhaltige Entwicklung in den drei Dimensionen: ökologisch, ökonomisch und sozial. Dabei kommt der Privatwirtschaft und der Politik eine besondere Verantwortung zu.

Klar muss aber sein: Der primäre Zweck jedes Unternehmens ist es, Gewinn zu erwirtschaften.

Viele Betriebe stellen sich aber auch der Herausforderung, über den volkswirtschaftlichen Effekt der Beschäftigung von Arbeitskräften hinaus zusätzliche Beiträge zum gesamtgesellschaftlichen Wohl zu leisten. Sie gehen freiwillig über die hierzulande vergleichsweise hohen gesetzlichen Umwelt- und Sozialstandards hinaus und optimieren ihre Geschäftstätigkeit

sozial und ökologisch. Das gilt nicht nur für Global Players, sondern gerade auch für eigentümergeführte mittelständische Unternehmen.

Zwei Beispiele dafür sind die memo AG und die Faber-Castell AG, deren Vertreter im Rahmen der Veranstaltung zur Bedeutung von Sozial- und Umweltstandards in ihren Unternehmen referierten.

Sowohl die Bundes- als auch die Landespolitik unterstützt und begrüßt ein solches verantwortliches Handeln der deutschen und bayerischen Unternehmen. Erst Anfang Oktober hat die Bundesregierung deshalb ihren „Aktionsplan CSR“ – Corporate Social Responsibility vorgelegt. Grundsätze und Inhalte dieser CSR-Strategie der Bundesregierung wurden vom Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erläutert.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es zu begrüßen, dass der Nationale CSR-Aktionsplan auf die Freiwilligkeit des unternehmerischen Engagements setzt und damit die Vielfältigkeit der unternehmerischen Aktivitäten unterstützt.

Die bestehenden international vereinbarten Grundsätze und Instrumente – wie etwa die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen oder der UN Global Compact – geben den Unternehmen bereits wertvolle Orientierungsmöglichkeiten.

Ausgehend von diesem Orientierungsrahmen wies der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern als Vertreter der Wirtschaft auf die bestehenden vielfältigen gesetzlichen und tarifvertraglichen Verpflichtungen der Unternehmen hin, würdigte die darüber hinausgehenden Leistungen vieler Unternehmen im Umwelt- und Sozialbereich und betonte dabei die Notwendigkeit der Freiwilligkeit solcher Leistungen. Durch diese erstmalige Teilnahme eines IHK-Vertreters an einem Runden Tisch wurde ein sehr wertvoller Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft und Eine-Welt-Gruppen ermöglicht.

Auch das bayerische Wirtschaftsministerium trägt in seinem Zuständigkeitsbereich der Bedeutung von Umwelt- und Sozialstandards Rechnung:

Ein Beispiel dafür ist die von uns federführend erarbeitete Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Auftragswesen.

Hierbei ist anzuerkennen, dass sich das „Eine Welt Netzwerk Bayern“ bereits im Vorfeld stark für diese Maßnahme engagiert hat und weiter dafür arbeitet, dass sie im Bewusstsein aller Akteure bleibt. Dafür möchte ich ihr auch von meiner Seite Dank und Anerkennung aussprechen.

Im Januar 2010 ordnete der Amtschef des bayerischen Wirtschaftsministeriums per Hauserlass den Bezug von fair gehandelten Agrarprodukten, wie z. B. Kaffee, Tee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft bei Bewirtungen hier im Ministerium an.

Im gleichen Monat bat ich außerdem den Bundeswirtschaftsminister in einem Schreiben, die handelsrechtlichen Möglichkeiten zur Vermeidung des Vertriebs von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu prüfen. Das Schreiben wurde dann noch durch eine entsprechende Bundesratsentschließung flankiert.

Auch international versuchen die bayerischen Unternehmen nicht nur durch wettbewerbsfähige Produkte zu glänzen. Sie transportieren auch unsere Vorstellungen zur Sozial- und Umweltpolitik. Unsere Delegationsreisen in zahlreiche Schwellen- und auch Entwicklungsländer sind auch für diese Werte ein Türöffner.

Unsere Unternehmen übertragen oft die heimischen Umwelt- und Sozialstandards auch auf ihre Betriebe in anderen Ländern. Natürlich ist das Lohnniveau örtlich bedingt, aber es zahlt sich für die Unternehmen aus, mit besseren Sozialleistungen die qualifizierten Arbeitnehmer ans Unternehmen zu binden. Gleichzeitig wird durch Bildungs- und Sozialangebote das Qualifikationsniveau gehoben und die Leistungsfähigkeit und damit die Produktivität gesteigert. Dies wiederum erhöht die Konkurrenzfähigkeit

heimischer Betriebe auf dem internationalen Markt, gleichzeitig aber auch die Wettbewerbsfähigkeit dieser Entwicklungsländer selbst.

Wirtschaft und Verbraucher, aber auch die Landespolitik, leisten ihren Beitrag, für angemessene Sozial- und Umweltstandards zu sorgen. Eine allgemein und international akzeptierte Arbeitsmarkt- und Sozialordnung oder ein weltweit geltendes Umweltschutzabkommen zu etablieren, liegt aber nicht in ihren Möglichkeiten. Hier steht die internationale Staatengemeinschaft in der Pflicht, ihre Gestaltungsmöglichkeiten im globalen Kontext wahrzunehmen.

Dieser Weg ist mühsam. Flankiert von den Bemühungen der bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung, dem Engagement der Wirtschaft und dem Verantwortungsbewusstsein der Verbraucher, dem Druckpotenzial einer kritischen Öffentlichkeit und der Nichtregierungsorganisationen halte ich einen Erfolg in diesem Bereich für möglich.

Martin Zeil
Staatsminister